



HESSEN



Bericht aus Brüssel

23/2024 vom 16.12.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Wohnen.....	8
Energie.....	9
Digital.....	9
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	13
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	16
Landwirtschaft und Umwelt.....	16
Justiz.....	20
Inneres.....	21
Bildung und Kultur.....	24
EU-Förderprogramme.....	24
Veranstaltungen.....	25
Vorschau.....	26

Rat; Ratspräsidentschaft POL

POL übernimmt am 01.01.2025 den Vorsitz im Rat der EU und hat die EU-Ratspräsidentschaft bis zum 30.06.2025 inne. Am 10.12.2024 wurde das Programm der POL-Ratspräsidentschaft vorgestellt. Das Motto lautet „Security, Europa!“. Es soll vor allem die aktuellen Herausforderungen für den europäischen Kontinent widerspiegeln. Bei der Vorstellung des Programms der POL-Ratspräsidentschaft wurde erläutert, POL übernehme die Ratspräsidentschaft in einer Zeit der Unsicherheit und Angst. Europa sei mit den Folgen von Russlands militärischer Aggression gegen die Ukraine und der Notwendigkeit konfrontiert, sein eigenes Verteidigungspotenzial zu stärken. Europa sei Zeuge zunehmender geopolitischer Spannungen, der Aushöhlung der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung und hybrider Angriffe auf die europäische Demokratie. Die POL-Ratspräsidentschaft plant laut ihrem Programm und ihren Prioritäten, Aktivitäten zur Stärkung der europäischen Sicherheit in all ihren Dimensionen zu unterstützen: Außen, Innen, Wirtschaft, Information, Energie, Ernährung und Gesundheit.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/>

Europäischer Rat; Agenda der Führungsspitzen 2025

Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, hat am 07.12.2024 die Agenda der Führungsspitzen 2025, die sog. „Leaders Agenda“, veröffentlicht. Sie sieht neben den regulären Tagungen des Europäischen Rats im März, Juni, Oktober und Dezember zwei informelle Gipfel im kommenden Jahr vor. Als Themen des Europäischen Rats führt António Costa insbesondere Sicherheit und Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Migration auf. Darüber hinaus sollen die Staats- und Regierungschefs 2025 über die EU-Erweiterung und damit zusammenhängende interne Reformen der EU diskutieren. Die Erweiterung bezeichnete Costa, der seit 01.12.2024 im Amt ist, in seinem Einladungsschreiben zum nächsten Europäischen Rat am 19.12.2024 als „die wichtigste geopolitische Investition, die wir in unserer Nachbarschaft tätigen können“. Die Ukraine und die Lage im Nahen Osten sollen auf der Tagesordnung jedes Gipfels bleiben.

<https://www.consilium.europa.eu/media/mfkbfg3m/leaders-agenda-2025.pdf>

Außen- und Verteidigungspolitik

Europäischer Rat; Kommission; Reise nach Kiew

Am ersten Tag des Amtsantritts der neuen Kommission am 01.12.2024 reisten der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, zusammen mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Kaja Kallas und der neuen Kommissarin für Erweiterung, Marta Kos nach Kiew. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj betonte Costa, die Souveränität der Ukraine, die Integrität ihres Territoriums, ihre eigenen Grenzen müssten respektiert werden. Den Aggressor zu belohnen, wäre eine Bedrohung für die gesamte internationale Gemeinschaft. Man würde der Ukraine so lange wie nötig zur Seite stehen, koste es, was es wolle. Costa sagte zu, auch weiterhin umfassende humanitäre, wirtschaftliche, diplomatische und militärische Hilfe zu leisten. In Bezug auf die Beitrittsverhandlungen äußerte Costa, dass die Fortschritte, welche die Ukraine bisher gemacht habe, beeindruckend seien. Die Ukrainer hätten trotz gleichzeitigem Krieg, tiefgreifende Reformen durchführt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/12/01/remarks-of-president-antonio-costa-at-the-joint-press-conference-with-president-of-ukraine-volodymyr-zelenskyy-in-kyiv/>

Kommission; Erklärung zum Sturz des Assad-Regimes in Syrien

Am 09.12.2024 äußerte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Kaja Kallas, dass die EU in dieser kritischen Phase an der Seite der syrischen Bevölkerung stehe. Der Sturz des Assad-Regimes sei ein historischer Moment für die syrische Bevölkerung. Alle müssten nun die Möglichkeit haben, ihr Land wieder zu vereinen, zu stabilisieren und wiederaufzubauen, Gerechtigkeit wiederherzustellen und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten. Es sei von entscheidender Bedeutung, die territoriale Unversehrtheit Syriens zu bewahren und seine Unabhängigkeit, Souveränität sowie staatlichen Institutionen zu achten und alle Formen von Extremismus abzulehnen. Die EU fordert alle Akteure mit Nachdruck auf, weitere Gewalt zu vermeiden, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und das Völkerrecht einzuhalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/12/09/syria-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-fall-of-the-assad-regime/>

Kommission; Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen durch Georgien

Die EU bedauerte am 01.12.2024 in einer gemeinsamen Erklärung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Kaja Kallas, und der Kommissarin für die Erweiterung, Marta Kos, die Ankündigung des georgischen Premierministers Irakli Kobakhidze die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen nicht fortzusetzen und die finanzielle Unterstützung der EU bis 2028 abzulehnen. Kallas und Kos erläuterten, dass das Vorgehen der georgischen Behörden und die demokratischen Rückschritte bereits im Juni dieses Jahres de facto zum Stillstand des Beitrittsprozesses geführt hätten. Die finanzielle Unterstützung der EU sei derzeit ausgesetzt. Außerdem wurde ernste Besorgnis über die anhaltenden demokratischen Rückschritte des Landes seitens der EU geäußert. Die georgischen Behörden müssten das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung respektieren und davon absehen, Gewalt gegen friedliche Demonstranten, Politiker und Medienvertreter anzuwenden. Alle Gewalttaten müssten untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_6161

Ausschuss der Regionen

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 10.12.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Es fand ein Meinungsaustausch über das Arbeitsdokument "mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen" statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2203347&meetingSessionId=2255186>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 11.12.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Für Hessen nahm die Staatssekretärin für

Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, teil. Es fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft“ und „eine starke europäische Verteidigungsindustrie“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=206481&meetingSessionId=2259090>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 12.12.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Im Rahmen der Sitzung fand ein Meinungsaustausch über das Arbeitsdokument „Metropolregionen und funktionale Stadtgebiete als sozioökonomische Impulsgeber für nachhaltige Investitionen im kohäsionspolitischen Rahmen 2020–2027“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=206446&meetingSessionId=2259055>

Wirtschaft

Kommission; Genehmigung von Abhilfemaßnahmen zur Übernahme von ITA Airways durch Lufthansa AG

Am 29.11.2024 genehmigte die Kommission die Unternehmen EasyJet, IAG und AFKLM als geeignete Wettbewerber zur Übernahme von Strecken bzw. Slots der Lufthansa AG. Die Kommission hatte zuvor ihre Zustimmung zum anteiligen Erwerb von ITA Airways durch die Lufthansa AG von der Umsetzung von Abhilfemaßnahmen abhängig gemacht. Danach musste die Lufthansa AG mit Wettbewerbern Vereinbarungen u.a. über die Nutzung des Inlandsstreckennetzes von ITA Airways und die Vergabe von Start- und Landeslots am Flughafen Mailand-Linate treffen. Mit der nun erfolgten Genehmigung durch die Kommission kann der Zusammenschluss vollzogen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6123

Rat; Sitzung des Wettbewerbsrats, Teil Weltraum

Am 29.11.2024 verabschiedete der Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Weltraum, Schlussfolgerungen zur Stärkung der europäischen Kompetenzen im Raumfahrtsektor. In diesen betont er, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der u.a. die Entwicklung von Kompetenzen sowie eine internationale Zusammenarbeit umfasst. Zudem sei es dringend erforderlich, die Autonomie Europas in Bezug auf die Sicherheit, den Schutz und die Resilienz im Weltraum und mithilfe des Weltraums zu stärken. Darüber hinaus billigte der Rat auch Schlussfolgerungen zur Halbzeitbewertung des Weltraumprogramms der EU. Darin fordert der Rat u.a. Maßnahmen gegen die zunehmenden Bedrohungen der Sicherheit und Resilienz des Programms, weniger Abhängigkeit und mehr Autonomie. Zudem fand ein Gedankenaustausch zur Zukunft der Raumfahrtspolitik statt. Dabei lag der Fokus auf den Synergien zwischen dem Verteidigungsbereich und den zivilen Raumfahrtprogrammen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16137-2024-INIT/en/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16128-2024-INIT/en/pdf>

Eurostat; Innovative Unternehmen in den Jahren 2020–2022

Am 29.11.2024 veröffentlichte Eurostat, den neuen „Communication Innovation Survey“ (CIS). Danach waren 51% aller Unternehmen in der EU in den Jahren 2020–

2022 innovativ tätig. DEU befindet sich mit 63% auf Platz drei der Mitgliedstaaten mit dem höchsten Anteil innovationsaktiver Unternehmen. Platz eins nimmt BEL mit 70% und Platz zwei GRI mit 66% ein. Große Unternehmen mit mehr als 250 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wiesen dabei – im Vergleich zu mittelgroßen (64%) und kleinen Unternehmen (47%) – mit 78% die größte Zahl innovativer Tätigkeiten auf.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241129-1>

Eurostat; Wachsende Bedeutung Chinas in der Automobilindustrie der EU

Am 04.12.2024 erklärte Eurostat, dass 2022 die inländische Wertschöpfung der EU-Automobilindustrie, die auf Nicht-EU-Verbraucher entfällt, 78,9 Mrd. EUR betrug. Im Vergleich zu 2015 (84,4 Mrd. EUR) sank die Wertschöpfung damit um 7%. 2022 hatte China als größter Abnehmer einen Anteil von 21% an der gesamten Wertschöpfung der EU-Automobilindustrie. Auf China folgen die USA (20%) und GBR (13%). Im Jahr 2010 lag der Anteil Chinas noch bei 12%. Die Wertschöpfung der Nicht-EU-Automobilindustrie, die auf den Verbrauch in der EU entfällt, stieg 2022 auf 34,6 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von 47% zu 2015 (23,5 Mrd. EUR). Davon entfiel der Großteil der Wertschöpfung auf China (16%), Japan (15%) und Südkorea (10%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241204-1>

OECD; Bericht zu Städten und Regionen

Die OECD präsentierte am 06.12.2024 ihren Bericht „Regions and Cities at a Glance 2024“. Dieser zeigt, dass die Kluft zwischen urbanen und ländlichen Regionen in den Bereichen Wirtschaft und Innovation wächst. Besonders ländliche Gebiete in ITL und ESP leiden unter Abwanderung und mangelnden Investitionen, während urbane Zentren wie Amsterdam (NDL) durch hohe Produktivität herausstechen. Die OECD empfiehlt gezielte Maßnahmen, um regionale Ungleichheiten zu verringern und die Innovationskraft in strukturschwachen Regionen zu stärken.

https://www.oecd.org/en/publications/oecd-regions-and-cities-at-a-glance-2024_f42db3bf-en.html

Kommission; Copernicus-Satellit erfolgreich gestartet

Am 06.12.2024 wurde der neue Copernicus-Satellit erfolgreich in den Orbit gebracht. Er soll hochpräzise Erdbeobachtungsdaten für die Umweltforschung und das Klimamonitoring liefern. Die Daten sollen insbesondere für Projekte in SWE und DEU genutzt werden, um die Folgen des Klimawandels zu bewerten und Strategien für nachhaltige Landwirtschaft zu entwickeln. Die Mission unterstreicht die Bedeutung der EU bei der Entwicklung global führender Technologien im Bereich der Raumfahrt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/copernicus-satellit-erfolgreich-der-umlaufbahn-platziert-2024-12-06_de

Kommission; Vorschlag für neue Regeln für Messgeräte an Tankstellen

Am 10.12.2024 legte die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Messgeräterichtlinie vor. Ziel ist es, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit von Messsystemen an Elektro- und Wasserstofftankstellen zu gewährleisten. Die geplanten Änderungen sollen den technologischen Fortschritt berücksichtigen und Verbrauchern ein höheres Maß an Transparenz bieten. Dies unterstützt die Bemühungen der EU, den Umstieg auf emissionsarme Mobilität weiter voranzutreiben und eine stärkere Verbreitung alternativer Kraftstoffe zu fördern.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/dbca473a-69b7-49d6-89b3-44a52dd35fc6_en

Kommission; Einigung zwischen EU und Mercosur erzielt

Am 06.12.2024 erzielte die EU mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay eine politische Einigung über ein Partnerschaftsabkommen. Das Abkommen umfasst Handelsvereinbarungen, die auf die Senkung von Zöllen und den Abbau von Handelsbarrieren abzielen. Für EU-Unternehmen soll es Erleichterungen bieten, wie eine Vereinfachung von Zollverfahren und den Schutz von über 350 geografischen Angaben. Das Abkommen soll zudem laut Kommission zur Stärkung der strategischen Handelsverbindungen und der politischen Beziehungen, der Bekämpfung des Klimawandels, der Wahrung von EU-Standards bei Tierwohl und Lebensmittelsicherheit sowie dem Schutz von Sektoren im Agrar- und Lebensmittelbereich beitragen. Laut Kommission seien jährliche Einsparungen von über 4 Mrd. EUR an Zöllen und ein wachsendes Handelsvolumen zu erwarten, das derzeit bei etwa 84 Mrd. EUR liegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6244

Eurostat; Daten ausländischer Direktinvestitionen bezogen auf das Jahr 2023

Am 10.12.2024 veröffentlichte Eurostat Daten, die DEU als Spitzenreiter bei ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in der EU für das Jahr 2023 ausweisen. Mit einem Anstieg von 12% im Vergleich zum Vorjahr entfielen knapp 25% aller FDI in der EU auf DEU. Gründe für diesen Erfolg seien die stabile Wirtschaft, eine fortschrittliche Infrastruktur und attraktive Rahmenbedingungen für internationale Investoren. ITL und NDL folgten auf den weiteren Plätzen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241210-1>

V e r k e h r

Kommission; Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Am 02.12.2024 hat die Kommission die Möglichkeit für Rückmeldungen zum Entwurf der delegierten Verordnung zur Änderung des Art. 20 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2023/1804 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe geöffnet. Art. 20 Abs. 2 der o.a. Richtlinie enthält eine Liste von Datenarten, die Betreiberinnen und Betreiber von öffentlich zugänglichen Ladepunkten und Tankstellen für alternative Kraftstoffe zur Verfügung stellen sollen. Durch die Änderung sollen zusätzliche Datentypen aufgenommen werden, die u.a. technologische Entwicklungen berücksichtigen. Zugleich soll eine entsprechende Durchführungsverordnung erlassen werden, welche die technischen Spezifikationen für die Arten von Daten regeln soll. Die Frist für Rückmeldungen endet für beide Rechtsakte am 30.12.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14347-Daten-zur-Infrastruktur-fur-alternative-Kraftstoffe-zusätzliche-Arten-von-Daten_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14345-Daten-zur-Infrastruktur-fur-alternative-Kraftstoffe-technische-Spezifikationen-Format-Häufigkeit-und-Qualität_de

Rat; Verhandlungsmandat zum EU-weiten Verlust der Fahrerlaubnis

Am 05.12.2024 legte der Rat seine Verhandlungsposition zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die unionsweite Wirkung der Entziehung der Fahrerlaubnis fest. Nach der geplanten Richtlinie sollen Fahrer, die ihren Führerschein in einem Mitgliedstaat wegen schwerwiegender Straßenverkehrsdelikte verloren haben, in der gesamten EU ihre Fahrerlaubnis entzogen bekommen. Ziel des Vorhabens ist es, die Straßenverkehrssicherheit zu erhöhen und die Anzahl der

Verkehrstoten zu verringern. Der Rat vertritt den Standpunkt, dass Fahrverbote von weniger als drei Monaten von dem Anwendungsbereich ausgenommen werden sollen.
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16120-2024-INIT/en/pdf>

Eurostat; Fluggastzahlen in der EU 2023 um 19,3% gestiegen

Eurostat meldete am 06.12.2024 einen deutlichen Anstieg der Fluggastzahlen in der EU für das Jahr 2023. Mit einem Zuwachs von 19,3 % im Vergleich zu 2022 wurde ein Großteil des Vorkrisenniveaus wieder erreicht. MLT und SLO verzeichneten die stärksten Anstiege, getrieben durch internationale Flüge und wachsenden Tourismus. Im Jahr 2023 blieben die 5 wichtigsten EU-Flughäfen dieselben wie 2022, verzeichneten aber alle einen deutlichen Anstieg: Paris/Charles de Gaulle verzeichnete 67,4 Mio. beförderte Fluggäste (+17,3%), Amsterdam/Schiphol 61,9 Mio. Fluggäste (+17,9%), Madrid/Barajas 60,1 Mio. (+20,4%), Frankfurt/Main 59,3 Millionen (+21,5%) und Barcelona/El Prat 49,8 Mio. (+20,6%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241206-1>

Kommission; Konsultation zu Beihilferegeln für Flughäfen und Fluggesellschaften gestartet

Am 11.12.2024 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Beihilferegeln für den Luftfahrtsektor eröffnet. Die Initiative soll darauf abzielen, die bisherigen Leitlinien an aktuelle Marktbedingungen und neue Herausforderungen, wie die ökologische Transformation und die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, anzupassen. Im Fokus stehen Regelungen zu Investitionsbeihilfen für Flughäfen und Startförderungen für neue Flugrouten. Gleichzeitig soll die Transparenz bei staatlicher Unterstützung erhöht und eine bessere Abstimmung mit den Wettbewerbsregeln des Binnenmarkts gewährleistet werden. Die Konsultation läuft bis zum 05.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13915-State-aid-in-the-aviation-sector-Commission-guidelines-on-airports-and-airlines-revision_de

Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfe für DB Cargo

Am 29.11.2024 genehmigte die Kommission die von DEU angemeldete staatliche Beihilfe in Höhe von 1,9 Mrd. EUR zugunsten der DB Cargo, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG (DB AG), unter dem Vorbehalt, dass der Umstrukturierungsplan der DB Cargo umgesetzt wird. Dieser soll bis Ende 2026 die langfristige Rentabilität der DB Cargo gewährleisten. Die Kommission stellte fest, dass die Beihilfe den EU-Beihilfavorschriften entspricht. Dies sei u.a. darauf zurückzuführen, dass die Wettbewerbsverzerrungen durch die von DEU geplanten Maßnahmen gemindert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6121

W o h n e n

Eurostat; Veröffentlichung „Housing in Europe“ – 2024 Edition

Am 28.11.2024 veröffentlichte Eurostat die 2024 Edition von „Housing in Europe“. Danach lebten 2023 52% der EU-Bevölkerung in Häusern und 48% in Wohnungen. In DEU lebten nur 37% in einem Haus und 61,4% in einer Wohnung. DEU belegt außerdem innerhalb der EU den letzten Platz bei der Frage, wie groß der Anteil der Personen 2023 war, die in Haushalten mit Wohneigentum lebten. Während der Anteil

innerhalb der EU 69% betrug, lag er in DEU bei 47,6%. In allen anderen Mitgliedstaaten lag der Anteil über 50%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/housing-2024>

Energie

Kommission; EU setzt Zwischenschritte für Gasspeicherziele 2025 fest

Am 29.11.2024 verabschiedete die Kommission eine Durchführungsverordnung, die Zwischenziele für die Gasspeicherfüllstände in den Mitgliedstaaten für das Jahr 2025 festlegt. Diese Ziele orientieren sich an den Anforderungen der Gasvorratsverordnung (EU/2022/1032), die eine Mindestfüllung von 90 % der Speicherkapazitäten bis zum 01.11.2025 vorsieht. Die Verordnung definiert spezifische Zwischenziele für den 01.02., 01.05., 01.07. und 01.09.2025, um die Versorgungssicherheit im Winter 2025/2026 zu gewährleisten. Die Speicherfüllstände sollen frühzeitig und koordiniert erhöht werden, insbesondere aufgrund des bevorstehenden Endes des Gastransitabkommens durch die Ukraine am 01.01.2025. Die Zwischenziele sollen zudem Flexibilität bieten, um auf Marktbedingungen und unterschiedliche nationale Gegebenheiten zu reagieren.

https://energy.ec.europa.eu/publications/implementing-regulation-setting-filling-trajectory-intermediary-targets-2025-member-states_en.

Kommission; ESMA und ACER verstärken Zusammenarbeit

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) haben am 06.12.2024 eine engere Kooperation angekündigt. Gemeinsam soll die Marktüberwachung intensiviert werden, um Manipulationen und Missbrauch im Energiemarkt vorzubeugen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der Analyse von Handelsdaten liegen, um unfaire Preisstrategien zu erkennen. Dies sei Teil eines umfassenden Plans, die Markttransparenz für Unternehmen und Verbraucher zu erhöhen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/acer-and-esma-cooperate-better-protect-businesses-and-consumers-abuse-energy>

Eurostat; Strompreise in der EU gesunken

Laut einer Mitteilung von Eurostat vom 10.12.2024 sanken die durchschnittlichen Strompreise für Haushalte in der EU im ersten Halbjahr 2024 um 5% im Vergleich zum Vorjahr. Den stärksten Rückgang verzeichneten GRI (-12%) und ESP (-9%), was auf höhere Effizienz in der Energieproduktion zurückzuführen sei. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung stiegen die Preise in BUL leicht an (+2%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241210-1>

Digital

Kommission; Verwaltungsvereinbarung mit „Smart Africa“

Am 03.12.2024 unterzeichnete die Kommission eine Verwaltungsvereinbarung mit „Smart Africa“ – eine internationale Allianz, die sich laut Kommission für die Förderung der Digitalisierung des afrikanischen Kontinents einsetzt. Sie repräsentiert aktuell 41 afrikanische Staaten. Zielsetzung der Vereinbarung sei es, die Kooperation zwischen der Kommission und „Smart Africa“ in Hinblick auf die innovative, faire sowie

nachhaltige digitale Transformation zu stärken. Die Zusammenarbeit solle sich insbesondere auf Regulierungsfragen, Ausbau von Kapazitäten, digitale Infrastruktur sowie neue Technologien und Innovation, einschließlich KI, erstrecken.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/eu-and-africa-strengthen-cooperation-digital-transformation?pk_source=ec_newsroom&pk_medium=email&pk_campaign=Shaping%20Europe%E2%80%99s%20Digital%20Future

Kommission; Verstärkung der Überwachung von TikTok

Mithilfe des Gesetzes über Digitale Dienste (DSA) soll laut Kommission die Überwachung von TikTok verstärkt werden. Am 05.12.2024 wurde TikTok per „Aufbewahrungsanordnung“ (retention order) seitens der Kommission auferlegt, Daten zu speichern, die mögliche Risiken für Wahlprozesse und den gesellschaftlichen Diskurs in der EU darstellen könnten. Diese „Aufbewahrungsanordnung“ gilt im Zeitraum der nationalen Wahlen in der EU zwischen dem 24.11.2024 und dem 31.03.2025. Ziel ist es laut Kommission, ausreichend Beweise und Informationen für eine weitere Untersuchung der Kommission über die Einhaltung der Verpflichtungen von TikTok im Rahmen des DSA zu sammeln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6243

Rat; Sitzung des Rates Telekommunikation

An der formellen Ratssitzung in der Formation „Telekommunikation“ am 06.12.2024 in Brüssel nahm die neue Kommissarin für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie, Henna Virkkunen, teil. Im Hinblick auf die digitalen Ziele der EU kam der Rat zu dem Ergebnis, dass die bestehenden Ziele angesichts der technologischen Entwicklungen neu bewertet werden müssten. Schwerpunkte seien insbesondere die Reduzierung regulatorischer Hürden, mehr digitale Bildung, Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie, Sicherheit von kritischen Infrastrukturen (vor allem in Bezug auf Unterwasserleitungen) sowie die Nachhaltigkeit des digitalen Wandels. Auf Antrag von den NDJ beriet sich der Rat zur Reduzierung von Bürokratiehürden für KMU. Der Rat war mehrheitlich der Auffassung, dass neben dem Bürokratieabbau eine einheitliche Auslegung der Gesetze gewährleistet und ein direkter Dialog mit KMU eröffnet werden sollte.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/tte/2024/12/06/>

Rat; Schlussfolgerungen zum Weißbuch zur digitalen Infrastruktur gebilligt

Am 06.12.2024 hat der Rat auf Initiative des HUN-Ratsvorsitzes Schlussfolgerungen zum Weißbuch der Kommission mit dem Titel „Wie kann der Bedarf an digitaler Infrastruktur in der EU gedeckt werden?“ angenommen. Die vom Rat gebilligten Schlussfolgerungen sollen Auskunft darüber geben, was Europa an digitaler Infrastruktur braucht, um nicht nur die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, sondern auch aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Auch regulatorische Fragen, wie die Möglichkeit einer ex-ante-Kontrolle auf bestimmten Märkten, oder die Berücksichtigung der Besonderheiten der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Umstellung von Kupfer- auf Glasfaserleitungen wurden behandelt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16644-2024-INIT/en/pdf>

Kommission; Forschungsrat; Ergebnisse der letzten Förderrunde

Am 03.12.2024 hat die Kommission die Ergebnisse der letzten Förderrunde des Europäischen Forschungsrats (ERC), einer Agentur der EU, bekannt gegeben. Der 2007 von der EU gegründete ERC ist eine europäische Förderorganisation für Pionierforschung. Das Gesamtbudget des ERC für den Zeitraum 2021-2027 beläuft sich im Rahmen des Programms Horizont Europa auf mehr als 16 Mrd. EUR. Der ERC vergibt in dieser Runde „Consolidator Grants“ an 328 Forscherinnen und Forscher in ganz Europa. Die meisten Grants (67) gehen an Forschende in DEU. Mit den Zuschüssen in Höhe von insgesamt 678 Mio. EUR werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beim Aufbau unabhängiger Forschungsteams und bei der Entwicklung ihrer wissenschaftlichen Ideen unterstützt. In der aktuellen Runde werden drei Grants nach Hessen vergeben. Zwei ERC Grants gehen an Forschende der Goethe-Universität Frankfurt (Prof. Dr. Julian Garritzmann und Prof. Dr. Joel Thiago Klein). Mit einem weiteren ERC Grant wird ein Forscher der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung ausgezeichnet (Dr. Anton Potapov). ERC Consolidator Grants richten sich an Forschende, deren eigene unabhängige Arbeitsgruppe sich in der Konsolidierungsphase befindet. Gefördert werden Projekte mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren und einem maximalen Budget von zwei Mio. EUR.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-2024-consolidator-grants-results>

Kommission; Forschung; Kooperation EU-Japan; Horizont Europa

Am 29.11.2024 haben die EU und Japan formelle Verhandlungen über eine Assoziierung Japans am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa gestartet. Bei den Verhandlungen geht es um die Assoziierung Japans mit der zweiten Säule von Horizont Europa, mit der gesellschaftliche Herausforderungen durch multinationale Kooperationsprojekte bearbeitet werden sollen. Ziel ist es, dass japanische Forschende ihre eigenen Forschungs- und Innovationsprojekte im Rahmen des Programms leiten und koordinieren können, eine engere Zusammenarbeit mit Partnern in der EU und in anderen assoziierten Ländern anstreben und Fördermittel erhalten sollen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/eu-and-japan-launch-formal-talks-association-horizon-europe-2024-11-29_en&pk_campaign=rtd_news

Rat; Forschungsrat; Fortschrittliche Werkstoffe

Am 29.11.2024 hat sich der Forschungsrat unter HUN Vorsitz mit dem Thema fortschrittliche Werkstoffe befasst und Schlussfolgerungen angenommen. Darin ruft der Rat dazu auf, die Forschung und Entwicklung im dem Bereich zu beschleunigen und die intelligente industrielle Nutzung dieser Güter zu fördern. Bei fortschrittlichen Werkstoffen handle es sich um Technologien oder Materialien, die für den grünen und digitalen Wandel in Europa benötigt würden, wie z.B. auch Nanopartikel, die in Solarzellen oder Natriumionenbatterien Verwendung finden könnten. Die EU solle die Abhängigkeit von Drittländern bei diesen strategischen Materialien vermeiden, so der Rat. Der Rat fordert die Kommission auf, solche Abhängigkeitsrisiken zu ermitteln und betont, dass es wichtig sei, dass die nächste Generation fortgeschrittener Werkstoffe sicher, nachhaltig, kreislauffähig und ressourceneffizient sei.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16183-2024-INIT/en/pdf>

Rat; Forschungsrat; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Am 29.11.2024 hat sich der Forschungsrat mit dem Thema beschäftigt, wie die Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung und Innovation (F&I) gestärkt werden kann. Hierzu wurden nach einer Aussprache auch Schlussfolgerungen verabschiedet. Die meisten Delegationen betonten die Notwendigkeit, ehrgeizige Investitionen in die Grundlagenforschung zu tätigen. Von vielen Delegationen wurde gefordert, dass weiterhin die Exzellenz in den Mittelpunkt des Forschungsrahmenprogramms gestellt wird, indem bahnbrechende Innovationen gefördert und die Spitzenforschung unterstützt wird. In den o.a. Schlussfolgerungen wird gefordert, dass die Investitionen in F&I unbedingt erhöht werden müssen, um das Ziel von 3% des BIP für F&I bis 2030 zu erreichen. Diskutiert wurde zudem über die Exzellenzorientierung von Horizont Europa.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16179-2024-INIT/en/pdf>

Finanzdienstleistungen

Rat; Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über den Zugang zu Finanzdaten

Am 04.12.2024 hat der Rat seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 28.06.2023 über den Zugang zu Finanzdaten (FIDA) verabschiedet. Dieser Vorschlag soll dazu führen, dass sich Finanzinstitute gegenseitig Zugang zu ihren Kundendaten ermöglichen. Harmonisierte Vorschriften sollen für einen angemessenen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen. Auch soll die Verordnung den Zugang zu Finanzmitteln insbesondere für Privatpersonen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vereinfachen. Der Rat unterstützt größtenteils den Vorschlag der Kommission. Die Ratsposition sieht bei der Umsetzung einen schrittweisen Ansatz vor und beinhaltet u.a. auch eine Präzisierung des Anwendungsbereiches. So will der Rat festlegen, für welche spezifischen Datensätze, Produkte oder Sektoren diese Vorschriften gelten sollten, und einen Zeitrahmen für die Einführung der Verpflichtungen zur gemeinsamen Nutzung von Daten vorgeben.

<https://r.newsletter.consilium.europa.eu/mk/cl/f/sh/1t6Af4OiGsE8LUO3GVewdRAsIQIoo2/xXtzEu3kCqNX>

Kommission; Fragen und Antworten zur EU-Taxonomie-Verordnung

Die Kommission hat am 29.11.2024 einen Entwurf von Fragen und Antworten (FAQ) zur Anwendung der EU-Taxonomie-Verordnung veröffentlicht. Hierin werden 155 Fragen zur Anwendung und Auslegung bestimmter Rechtsvorschriften beantwortet. Es handelt sich dabei um spezifische Auslegungsfragen, insbesondere zu den Bewertungskriterien, die in den delegierten Rechtsakten zur Taxonomie „Klima und Umwelt“ enthalten sind und die allgemeinen Kriterien für die Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen betreffen. Laut Kommission soll dadurch der EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen nutzbarer gemacht und der Aufwand für Unternehmen verringert werden.

https://finance.ec.europa.eu/publications/frequently-asked-questions-eu-taxonomy_en

EZB; Vorlage des zweiten Fortschrittsberichts zum digitalen Euro

Die EZB hat am 02.12.2024 ihren zweiten Fortschrittsbericht zur Vorbereitungsphase für den digitalen Euro veröffentlicht. Diese Vorbereitungsphase, in der die Grundsteine für die mögliche Ausgabe eines digitalen Euro gelegt werden, startete am 01.11.2023. Der Fortschrittsbericht enthält u.a. eine Aktualisierung des Regelwerks für den digitalen Euro nach einer Zwischenprüfung durch die Mitglieder der „Rulebook

Development Group“, welche die Ansichten von Verbraucherinnen, Verbrauchern und Zahlungsdienstleitern vertreten soll. Auch das Feedback von sieben neu eingerichteten Workstreams sei in der Aktualisierung berücksichtigt worden. Es gehe dabei darum, die Hauptabschnitte des Regelwerks – darunter die Mindeststandards für das Nutzungserlebnis und das Risikomanagement – weiterzuentwickeln.
https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/progress/html/ecb.deprp202412.en.html

EIOPA; Zweite Serie von Konsultationen zu „Solvency II“

Am 04.12.2024 hat die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) die zweite Serie von Konsultationen zu „Solvency II“ eingeleitet. Diese Serie besteht insgesamt aus sechs Konsultationen, welche die Themen Biodiversitätsrisiko, Nachhaltigkeitsrisiken und Nachhaltigkeitspläne, die Vielfalt in den Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorganen der Versicherer sowie die Aktualisierung einiger bestehender Leitlinien und technischer Regulierungsstandards umfassen. Ziel sei es, die Belastung von Unternehmen zu begrenzen und das Nachhaltigkeitsrisikomanagement künftig kohärent auszugestalten. Die Konsultation ist bis zum 26.02.2025 geöffnet.

https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-opens-second-batch-consultations-legal-instruments-after-solvency-ii-review-2024-12-04_en

Kommission; Gemeinsame Leitlinien der drei europäischen Aufsichtsbehörden

Am 10.12.2024 veröffentlichten die drei europäische Aufsichtsbehörden (ESAs) – die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) – gemeinsame Leitlinien. Diese sollen die Kohärenz bei der regulatorischen Klassifizierung von Krypto-Assets unter der EU-Verordnung 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte erleichtern. Sie enthalten u.a. einen standardisierten Test zur Förderung eines gemeinsamen Klassifizierungsansatzes sowie Vorlagen, die Marktteilnehmer verwenden sollten, wenn sie den Aufsichtsbehörden die regulatorische Klassifizierung eines Krypto-Assets mitteilen.

https://www.esma.europa.eu/sites/default/files/2024-12/Joint_ESA_Final_Report_on_Art_97_Guidelines_MiCAR.pdf

F i n a n z e n

Rat; Euro-Gruppe und ECOFIN-Rat

Die Euro-Gruppe hat auf ihrer Sitzung am 09.12.2024 eine Bestandsaufnahme der jüngsten makroökonomischen Entwicklungen vorgenommen und in diesem Zusammenhang einen Gedankenaustausch mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Politik des Euro-Währungsgebiets geführt. Zudem erörterte die Euro-Gruppe die Haushaltslage und -aussichten im Euro-Währungsgebiet. Am 10.12.2024 tagte sodann der Rat für „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN). Der Ratsvorsitz informierte über den Stand der Beratungen über die Vorschläge zur Reform des EU-Zollrechts und im Anschluss fand dazu eine Aussprache statt. Außerdem führte der Rat eine Orientierungsaussprache zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie. Zudem fand ein erster Gedankenaustausch zu den nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plänen statt. Es fand auch ein Gedankenaustausch zum Jahresbericht des EuRH über die Ausführung des Haushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2023 statt. Der Rat informierte sich zudem über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und nahm

Durchführungsbeschlüsse zur Billigung gezielter Änderungen der Aufbau- und Resilienzpläne von SWE, SLO, DNK und BEL an. Zudem informierte sich der Rat über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine. Der Rat billigte außerdem noch den halbjährlichen Bericht des ECOFIN-Rats an den Europäischen Rat zu Steuerfragen und billigte die Schlussfolgerungen zu den von der Gruppe „Verhaltenskodex“ erzielten Fortschritten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2024/12/09/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/12/10/>

Kommission; Finanzierungsplan für das erste Halbjahr 2025

Am 10.12.2024 veröffentlichte die Kommission ihren halbjährlichen Finanzierungsplan für die Monate Januar bis Juni 2025. Die Kommission beabsichtigt, in diesem Zeitraum EU-Anleihen im Wert von bis zu 90 Mrd. EUR zu begeben, die durch kurzfristige Mittel ergänzt werden. Für das Jahr 2025 rechnet die Kommission mit der Ausgabe von EU-Anleihen im Gesamtwert von rund 160 Mrd. EUR. Dadurch soll eine kontinuierliche Unterstützung ihrer kreditbasierten Programme gewährleistet werden.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/eu-borrower-investor-relations/funding-plans_en#latest-funding-plan

S o z i a l e s

Rat; Schlussfolgerungen zum Arbeits- und Fachkräftemangel in der EU

Am 02.12.2024 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik Schlussfolgerungen zum Arbeits- und Fachkräftemangel in der EU angenommen. Um das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen, sollten die Mitgliedstaaten Maßnahmen fördern, die den Eintritt in und Übergänge innerhalb des Arbeitsmarktes ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit sei hierbei Frauen und jungen Menschen, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren (NEET), zu widmen. Für die hierfür notwendigen Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie des Zugangs zu Bildungsangeboten sollen relevante EU-Finanzierungsinstrumente vollständig ausgeschöpft werden, insbesondere den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), um Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung zu unterstützen und zu finanzieren. Die Ausschüsse für Beschäftigung und Sozialschutz werden ersucht, die Auswirkungen der Digitalisierung und der Automatisierungstechnologien, einschließlich der künstlichen Intelligenz und des grünen Wandels, auf den Arbeitsmarkt, insbesondere auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, zu analysieren.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15095-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Europäisches Semester und beschäftigungspolitische Leitlinien

Im Rahmen des Europäischen Semesters führte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik am 02.12.2024 eine Orientierungsaussprache durch. In diesem Rahmen wurden die im Juni 2024 von der Kommission vorgelegten beschäftigungspolitischen Leitlinien angenommen und die Umsetzung der Empfehlungen zu individuellen Lernkonten gebilligt. Zudem wurden die von den Ausschüssen für Beschäftigung und Sozialschutz vorgelegten Bewertungen des Rahmens für soziale Konvergenz zur Kenntnis genommen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15463-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Schlussfolgerungen zur sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderung

Am 02.12.2024 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik Schlussfolgerungen zur sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderung angenommen. Mit Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsquoten, sollen die Mitgliedstaaten die Teilnahme von Menschen mit Behinderung erhöhen. Diese habe bei Personen im Alter von 20-64 Jahren 2021 EU-weit bei ca. 50% gelegen. Genannt werden hierzu eine Förderung des Diskriminierungsverbotes in allen Politikbereichen, die Förderung des Zugangs zu Sozial- und Unterstützungsdiensten sowie der Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15842-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Schlussfolgerungen zur Förderung der sozialen Inklusion

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik billigte am 02.12.2024 Schlussfolgerungen, um armutsbedrohte Personen beim Zugang zu Dienstleistungen zu fördern. Ziel sei es, die soziale Inklusion durch den Abbau von territorialen Ungleichheiten voranzutreiben. Um den Zugang zu sozialen Dienstleistungen, wie der Arbeitsvermittlung, zu erreichen, werden z. B. ortsbezogene Aktionspläne, der Zugang zu digitalen Technologien und eine bessere Identifizierung und Kartierung benachteiligter Gebiete als Maßnahmen genannt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15610-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Schlussfolgerungen zur psychischen Gesundheit von Frauen und Mädchen

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik fordert eine Stärkung der psychischen Gesundheit von Frauen und Mädchen. Hierzu billigte er am 02.12.2024 Schlussfolgerungen, welche die Mitgliedstaaten auffordern, die Geschlechterperspektive stärker bei Maßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit zu berücksichtigen und Gewalt sowie Geschlechterstereotypen zu bekämpfen und die europäischen Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung fristgerecht umzusetzen. BUL fügte den Schlussfolgerungen eine Protokollerklärung hinzu, da nach einem Urteil des BUL Verfassungsgerichtes nur zwei Geschlechter existieren und dem Begriff „Gender Identity“ somit nicht zugestimmt werden könne. Die HUN Ratspräsidentschaft trat dieser Protokollerklärung bei.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16366-2024-INIT/en/pdf>

Rat; Schlussfolgerungen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Geschlechtergleichstellung

Am 02.12.2024 billigte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Beschäftigung und Sozialpolitik Schlussfolgerungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben im Kontext des demographischen Wandels. Den Mitgliedstaaten werden Maßnahmen zur Stärkung formeller Betreuungs- und Pflegedienste, die Einführung flexibler Arbeitsregelungen, die Bekämpfung der Diskriminierung aus Altersgründen und die Förderung der Solidarität zwischen den Generationen empfohlen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16065-2024-INIT/en/pdf>

Rat; Annahme einer Empfehlung über rauch- und aerosolfreie Umgebungen

Am 03.12.2024 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Gesundheit eine Empfehlung über rauch- und aerosolfreie Umgebungen angenommen. Diese ist nicht legislativ und empfiehlt den Mitgliedstaaten, u.a. nationale Strategien zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes vor der Belastung durch Tabakrauch und Aerosole in der Umgebungsluft zu entwickeln; Präventions-, Raucherentwöhnungs- und Sensibilisierungskampagnen wie Bildungs-, Aufklärungs- und Informationskampagnen umzusetzen und/oder zu entwickeln, um die Einhaltung von Maßnahmen für rauch- und aerosolfreie Umgebungen zu gewährleisten; und für geeignete Strukturen und Mechanismen zu sorgen, um die Einhaltung der Vorschriften zu fördern. Dies soll die Ausweitung des Nichtraucherschutzes auf bestimmte Außenbereiche und Privatfahrzeuge, insbesondere im Hinblick auf Kinder, Minderjährige oder schutzbedürftige Personen umfassen. Zudem wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten der Kommission in drei Jahren (danach im Turnus von fünf Jahren) einen Umsetzungs- und Fortschrittsbericht vorlegen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15059-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Schlussfolgerung zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Am 03.12.2024 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Gesundheit eine Schlussfolgerung zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen angenommen. Darin werden die Mitgliedstaaten und die Kommission ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, wie z. B. die Stärkung der Strategien zur Gesundheitsförderung und zur Primärprävention, die Verbesserung der Gesundheitskompetenz und den Austausch bewährter Verfahren.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15315-2024-INIT/en/pdf>

Rat; Schlussfolgerung zur Organspende und –transplantation angenommen

Am 03.12.2024 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation Gesundheit Schlussfolgerungen zur Organspende und -transplantation gebilligt. Die Kommission wird darin aufgefordert, den EU-Aktionsplan im Bereich Organspende und -transplantation zu aktualisieren.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14697-2024-INIT/en/pdf>

Landwirtschaft und Umwelt

Rat; EP; EU-Entwaldungsverordnung - Einigung sieht Verschiebung vor

In der Trilogverhandlung am 03.12.2024 haben Rat und EP eine Einigung zur EU-Verordnung für entwaldungsfrei Lieferketten (EUDR) erzielt, welche die Verschiebung der Geltung der Regelungen um ein Jahr sowie keine weiteren inhaltlichen Änderungen am Gesetz vorsieht. Damit müssten große Marktteilnehmer und Händler die Berichtspflichten aus der Verordnung ab dem 30.12.2025 erfüllen, Kleine- und Kleinstunternehmen ab dem 30.06.2026. Die Kommission erklärte sich in einer rechtlich nicht bindenden, politischen Erklärung bereit, Händler und Unternehmen bei der Umsetzung der VO zu unterstützen und zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten es für Vereinfachungen, insbesondere für Länder mit geringem Entwaldungsrisiko, gibt. Zudem will sie das Risikoklassifizierungssystem zur Einstufung der Länder nach dem Risiko für Entwaldung spätestens bis 30.06.2025 bereitstellen sowie im Rahmen der vorgesehenen Überprüfung der EUDR bis spätestens 30.06.2028 weitere

Vereinfachungen und Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratielast prüfen, darunter Maßnahmen für Produkte aus Ländern, die eine nachhaltige Waldbewirtschaftung betreiben.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/12/03/eu-deforestation-law-council-and-parliament-agree-on-its-targeted-amendment/>

Europarat; Änderung des Schutzstatus des Wolfes

Der Ständige Ausschuss des Berner Übereinkommens von 1979 hat in seiner Sitzung am 03.12.2024 in Straßburg dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, den Schutzstatus des Wolfes von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herunterzustufen. Diese Änderung soll es den 50 Vertragsparteien des Berner Übereinkommens, dem alle Mitgliedstaaten angehören, ermöglichen, lokale Wolfspopulationen flexibler zu bewirtschaften. Die Änderung tritt am 07.03.2025 in Kraft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6202

Rat; Landwirtschaft und Fischerei

Der Rat Landwirtschaft und Fischerei verabschiedete am 09./10.12.2024 die Schlussfolgerungen „Auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen, krisenfesten, nachhaltigen, landwirtfreundlichen und wissensbasierten künftigen Landwirtschaft in der EU“. In den Schlussfolgerungen betont der Rat die strategische Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik und fordert, die Gemeinsame Agrarpolitik auch künftig mit angemessenen zweckbestimmten Finanzmitteln auszustatten und sie als unabhängige Politik mit ihrer bisherigen Zwei-Säulen-Struktur beizubehalten. Direktzahlungen und andere Formen der Unterstützung sollen weiterhin zur Einkommensstabilität der Landwirte beitragen. Ferner soll ein Anreizsystem Landwirte dabei unterstützen, einen Beitrag zum grünen Wandel zu leisten. Junge und neue Landwirte sollen stärker unterstützt werden; zudem müsse eine landwirtschaftsfreundliche Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik gewährleistet werden, u.a. mittels eines weiteren Bürokratieabbaus und einer Lockerung der Berichtspflichten. Der Rat erörterte ferner den weiteren Ausbau der Bioökonomie, die Stärkung von deren Wettbewerbsfähigkeit und von Forschung und Innovation.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/12/09-10/>

EuGH; Schlussanträge in der Rechtssache gegen Mercedes-Benz-Group

Generalanwalt Rantos (GRI) hat am 21.11.2024 seine Schlussanträge in der verbundenen Rechtssache C-251/23 und C-308/23 Mercedes-Benz-Group betreffend die Herstellerhaftung bei fehlerhaften Abschaltvorrichtungen in Dieselfahrzeugen vorgelegt. Das Landgericht Duisburg hatte den EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens ersucht, zu prüfen, welcher Schadensersatzanspruch dem individuellen Käufer eines Kraftfahrzeugs zustünde, das die in der Verordnung Nr. 715/2007 vorgesehenen Grenzwerte von Stickstoffdioxid (NO_x)-Emissionen nicht einhielt. Es bat zudem um Klärung der Frage, ob ein Dieselfahrzeug dem EU-Recht widerspräche, wenn der Motor im warmen Zustand selbst im Prüflauf nach dem Neuen Europäischen Fahrzyklus (NEFZ) mehr als 180 mg/km Stickoxide ausstößt. Generalanwalt Rantos schlägt dem EuGH vor, zu urteilen, dass: 1) der Emissionsgrenzwert im realen Fahrbetrieb und nicht nur beim Durchlaufen des entsprechenden Prüfzyklus (NEFZ) eingehalten werden müsse; 2) eine Abschaltvorrichtung die Emissionsgrenzwerte dann nicht einhalte, wenn sich hierdurch die Emission auch nur einer schädlichen Substanz grundsätzlich erhöhe; 3) Hersteller einen Teil der Beweislast tragen müssten, bspw. mittels der Beisteuerung von Informationen, ob eine unzulässige Abschaltvorrichtung vorhanden sei; 4) der Erwerber grundsätzlich einen Anspruch auf Erstattung der ihm entstandenen Vermögensdifferenz habe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=292477&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Kommission; Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft

Die Kommission hat am 05.12.2024 den Europäischen Rat für Landwirtschaft und Ernährung (EBAF) ins Leben gerufen und greift damit eine der Empfehlungen des Abschlussberichts des Strategischen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaft auf. Laut Kommission soll mit der Einberufung des EBAF eine neue Kultur des Dialogs, des Vertrauens und der Partizipation unter den Akteuren sowie mit der Kommission unterstützt werden. Der EBAF soll unter dem Vorsitz des Agrarkommissars Christophe Hansen die Kommission bei den Folgemaßnahmen zum Bericht des Strategischen Dialogs beraten und soll zur Formulierung der „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ beitragen. Der EBAF soll aus max. 30 Akteuren aus den drei Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelversorgungskette sowie der Zivilgesellschaft zusammengesetzt sein und auf Einberufung der Kommission hin zwischen zwei und sechs Mal im Jahr tagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6205

Kommission; Vorschläge zur Stärkung der Position der Landwirte

Die Kommission hat am 10.12.2024 zwei Gesetzesvorhaben zur Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette vorgelegt. Sie schlägt eine Änderung des in der Verordnung über eine gemeinsame Marktordnung (GMO) festgelegten Rechtsrahmens vor sowie eine neue Verordnung über die grenzüberschreitende Durchsetzung der Regeln gegen unlautere Handelspraktiken im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette. Als konkrete Maßnahmen im Bereich GMO schlägt die Kommission u.a. vor, die Vorschriften für Verträge zwischen Landwirten und Abnehmern zu verbessern, die Verhandlungsmacht der Erzeugerorganisationen (Genossenschaften) zu stärken sowie die Einrichtung eines Vermittlungsmechanismus zwischen Landwirten und ihren Abnehmern verbindlich vorzuschreiben. Mit der neuen Verordnung zur grenzüberschreitenden Durchsetzung sollen die Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken, wie sie aktuell in der RL (EU) 2019/633 festgelegt sind, grenzüberschreitend besser durchgesetzt werden. So soll die Einrichtung eines Amtshilfemechanismus einen besseren Informationsaustausch ermöglichen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2024%3A577%3AFIN&qid=1733826263870>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2024%3A576%3AFIN&qid=1733826302866>

Europäische Investitionsbank (EIB); Finanzierungspaket für die Land- und Forstwirtschaft von 3 Mrd. EUR aufgelegt

Die EIB hat das Programm, welches mit einem Volumen von 3 Mrd. EUR für die Jahre 2025-2027 ausgestattet sein wird, am 10.12.2024 in Brüssel vorgestellt. Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (KMUs und Midcap-Unternehmen) soll damit ein leichter Zugang zu Krediten gewährt werden. Sie sollen u.a. bei der Einführung landwirtschaftlicher Versicherungen gegen extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen und Dürren unterstützt werden. Ein Teil der Darlehen soll insbesondere jungen oder neuen Landwirten zur Verfügung gestellt werden, da diese mehr Schwierigkeiten hätten, herkömmliche Bankfinanzierungen zu erhalten. Auch sollen Landwirtinnen Unterstützung erhalten, um ein Ungleichgewicht zwischen Geschlechtern zu überwinden. Die neuen Initiativen sind Teil eines Aktionsplans der EIB-Gruppe im Rahmen des strategischen Dialogs über die Zukunft der EU-

Landwirtschaft, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Januar 2024 eröffnet hat.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6322

Kommission; Änderung der Vorschriften über geringfügige staatliche Beihilfen im Agrarsektor

Die Kommission hat am 10.12.2024 eine Änderung der De-minimis-Verordnung für den Agrarsektor verabschiedet. Künftig können die Mitgliedstaaten landwirtschaftlichen Unternehmen Unterstützung in Höhe von bis zu 50.000 EUR (zuvor bis 25.000 EUR) über einen Zeitraum von drei Steuerjahren gewähren, ohne diese zuvor von der Kommission genehmigen zu lassen. Mit der Anhebung dieser De-minimis-Obergrenze soll laut Kommission u.a. den Marktentwicklungen und der Inflation im Agrarsektor in den vergangenen Jahren Rechnung getragen werden. Zudem werden die nationalen Obergrenzen von 1,5% auf 2% der nationalen landwirtschaftlichen Erzeugung angehoben, und der Referenzzeitraum wird von 2012–2017 auf 2012–2023 ausgeweitet. Die überarbeitete Verordnung soll bis zum 31.12.2032 gelten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6301

Kommission; Beihilferegulierung in Höhe von 200 Mio. EUR für klimaangepasste Waldbewirtschaftung genehmigt

Die Kommission hat am 10.12.2024 eine DEU Beihilferegulierung in Höhe von 200 Mio. EUR für eine klimaangepasste Waldbewirtschaftung nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die Beihilfen sollen Forstbetrieben in DEU für die Umsetzung nachhaltiger Forstwirtschaftspraktiken in Form von Direktzuschüssen bis zum 31.12.2026, dem Laufzeitende des Programms, gewährt werden. Damit wird das Ziel verfolgt, die Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Wälder zu stärken, die biologische Vielfalt der Wälder zu erhöhen und die Wälder als natürliche Kohlenstoffspeicher zu erhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_6342

EuGH; Schlussanträge zur Wolfsjagd in EST

Generalanwältin Juliane Kokott (DEU) hat am 12.12.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-629/23 Eesti Suurkiskjad zu den Voraussetzungen der Bejagung des Wolfes in den Mitgliedstaaten (MS) vorgelegt, in denen der Wolf wie in EST unter dem schwächeren Schutzregime nach Art. 14 der „Flora-Fauna-Habitat“-RL 92/43 (FFH-RL) steht und nicht wie in den meisten MS dem strengen Schutz gemäß Art. 12 der FFH-RL unterliegt. Gemäß Art. 14 der FFH-RL ist die Jagd grundsätzlich zulässig, doch die MS müssen Schutzmaßnahmen ergreifen, falls die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustands gefährdet ist. Das Oberste Gericht in EST hatte den EuGH in einem Vorabentscheidungsverfahren um Klärung der Frage gebeten, wie der Erhaltungszustand festzustellen sei und inwieweit Wolfpopulationen außerhalb von EST bei der Beurteilung seines Erhaltungszustandes berücksichtigt werden müssten. Generalanwältin Kokott schlägt vor, wie folgt zu urteilen: 1) Jeder MS sei verpflichtet, bei der Anwendung von Art. 14 der FFH-RL einen günstigen Erhaltungszustand der in Anhang V gelisteten Arten zu gewährleisten. Bei der Beurteilung des Erhaltungszustands müsse der MS jedoch den Austausch zwischen seinen Populationen und denen anderer Staaten berücksichtigen; wobei es u.a. davon abhängen, wie streng die anderen Populationen geschützt seien und wie sich die Zusammenarbeit unter den Staaten beim Schutz der Arten gestalte; 2) Die MS müssten die Kriterien der Weltnaturschutzunion als Teil der besten verfügbaren wissenschaftlichen Daten und Methoden bei der Prüfung des Erhaltungszustands im

Rahmen von Art. 14 der FFH-RL einbeziehen, sie könnten jedoch die Ergebnisse mit besseren wissenschaftlichen Erkenntnissen widerlegen und seien nicht verpflichtet, rein hypothetische Annahmen zu übernehmen; 3) Zwar könnten sich die Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und der regionalen Besonderheiten langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen von geschützten Arten auswirken; jedoch könne der Erhaltungszustand nicht aufgrund des Vorliegens dieser Anforderungen als „günstig“ angesehen werden, solange nicht auch die in Art. 1 Buchst. i Satz 2 der FFH-RL genannten Voraussetzungen für einen „günstigen Erhaltungszustand“ vorlägen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=293414&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2065317>

Justiz

EP; Unterzeichnung einer Vereinbarung des EP über die vertiefte Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft

Das EP und die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) haben am 27.11.2024 eine Arbeitsvereinbarung zur Erleichterung und Klärung von Verfahren und Informationsaustausch gebilligt. Die Vereinbarung sieht vor, dass die EUSTa das EP regelmäßig über laufende und abgeschlossene Untersuchungen informiert, unbeschadet der ordnungsgemäßen Durchführung und Vertraulichkeit ihrer Untersuchungen. Auch ist vorgesehen, dass das EP der EUSTa unverzüglich alle Informationen über Straftaten übermittelt, die in seine Zuständigkeit fallen – insbesondere solche, die die finanziellen Interessen der EU beeinträchtigen.

<https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20241128RES25671/20241128RES25671.pdf>

EuGH; „Erfüllungsort“ bei Bestellung von für online bestellte Software

Der EuGH entschied mit Urteil vom 28.11.2024 in der Rechtssache C-526/23 (Varius Systems), dass nach der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (kurz: EuGVVO) der „Erfüllungsort“ eines Vertrags über die Entwicklung und den anschließenden Betrieb einer Software der Ort ist, an dem die Software den Besteller erreicht. Dies gilt für jene Software, die auf die Bedürfnisse eines Bestellers ausgerichtet ist, der in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist als das für die Schöpfung, Erstellung und Programmierung dieser Software verantwortliche Unternehmen. Im Ausgangsfall hatte das AUT Unternehmen Varius Systems digital solutions GmbH für GR, Inhaberin des DEU Unternehmens B&G, eine Software zur Ermöglichung der Auswertung von Covid-19-Tests entwickelt. In dem mündlich geschlossenen Vertrag über die Entwicklung und den Betrieb dieser Software für ihren Einsatz in DEU war weder ein bestimmter Erfüllungsort noch ein Gerichtsstand für den Fall einer Streitigkeit vereinbart. Der AUT Oberste Gerichtshof legte die Frage dem EuGH vor, ob es für den Erfüllungsort auf die hinter der Software stehende geistige Schöpfung („Programmierung“, hier in AUT) oder auf den Ort in DEU ankommt, an dem die Software die Bestellerin erreicht, also abgerufen und zum Einsatz gebracht wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=271818E310E7BA2E392960BF02C44B37?text=&docid=292743&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=170019>

Kommission; Konsultation zum geplanten Richtlinienvorschlag über den illegalen Handel mit Feuerwaffen und Mindestkriterien zur Strafbarkeit

Bis 24.12.2024 läuft eine öffentliche Konsultation der Kommission zum geplanten Vorschlag für eine Richtlinie über den illegalen Handel mit Feuerwaffen. Die Initiative folgt auf eine Studie über die nationalen Strafrechtsvorschriften der Mitgliedstaaten und soll laut Kommission darauf abzielen, im Einklang mit dem Feuerwaffenprotokoll der Vereinten Nationen und den EU-Rechtsvorschriften über Feuerwaffen Mindestkriterien für die strafrechtliche Ahndung von Feuerwaffendelikten festzulegen. Darunter würden die unerlaubte Herstellung, der unerlaubte Handel und der unerlaubte Besitz von Feuerwaffen sowie die Änderung von Kennzeichnungen von Feuerwaffen fallen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14314-Richtlinie-uber-den-unerlaubten-Handel-mit-Feuerwaffen_de

Kommission; Konsultation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025

Zur Vorbereitung des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2025 hat die Kommission am 02.12.2024 eine Konsultation eingeleitet. Ziel ist es laut Kommission, öffentliche Beiträge zu Entwicklungen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und auf EU-Ebene einzuholen. Die Konsultation steht Justizverbänden, der Zivilgesellschaft, NRO, internationalen Organisationen, EU-Agenturen und anderen Interessenträgern offen. Die Konsultation ist bis zum 24.01.2025 online verfügbar.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2025RuleofLawReportStakeholderConsultation>

EuGH; Europäischer Zahlungsbefehl: Rechtsbehelf nicht unionsrechtswidrig

Mit Urteil vom 05.12.2024 in der Rechtssache C-389/23 (Bulgarfrukt) entschied der EuGH, dass die Mitgliedstaaten im nationalen Recht einen Rechtsbehelf vorsehen können, durch den der Antragsgegner einen Europäischen Zahlungsbefehl für nichtig erklären lassen kann, wenn die Zustellung nicht oder nicht ordnungsgemäß erfolgt ist. Die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens und der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten seien dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Regelung nicht entgegenstehen, nach der das mit einem Rechtsbehelf gegen einen Europäischen Zahlungsbefehl befasste Gericht verpflichtet ist, diesen für nichtig zu erklären, wenn er dem Antragsgegner nicht oder unter Nichtbeachtung der in den Art. 13 bis 15 der Verordnung Nr. 1896/2006 vorgesehenen Mindestvorschriften zugestellt worden ist. Damit bejahte der EuGH die ihm vom Amtsgericht Berlin-Wedding in DEU (zentrales Europäisches Mahngericht) vorgelegte Frage, ob der in § 1092a Zivilprozessordnung (ZPO) normierte Rechtsbehelf mit dem EU-Recht vereinbar ist, namentlich den beiden o.g. Verordnungen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?oqp=&for=&mat=or&jge=&td=%3BALL&jur=C%2CT%2CF&num=C%2D389%2F23>

I n n e r s

Rat; Verabschiedung neuer Rechtsakte zur Stärkung der Cybersicherheit

Der Rat hat am 02.12.2024 zwei neue Rechtsakte des „Cybersicherheitspakets“ der EU angenommen: das sog. „Cybersolidaritätsgesetz“ und eine Änderung des Rechtsakts zur Cybersicherheit (Cybersecurity Act, CSA). Das „Cybersolidaritätsgesetz“ sieht die Einrichtung eines „Warnsystems für Cybersicherheit“, die Schaffung eines Cybernotfallmechanismus und die Einführung

eines Überprüfungsmechanismus für Cybersicherheitsvorfälle vor. Mit der Änderung des Rechtsakts zur Cybersicherheit von 2019 soll die Annahme europäischer Zertifizierungssysteme für sogenannte „verwaltete Sicherheitsdienste“ ermöglicht werden sowie die Anerkennung der Bedeutung von verwalteten Sicherheitsdiensten für die Prävention, Erkennung, Reaktion und anschließende Wiederherstellung im Zusammenhang mit Cybersicherheitsvorfällen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-94-2024-INIT/en/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-93-2024-INIT/en/pdf>

Kommission; Industrie-Akademie-Netzwerk zur Stärkung der Cybersicherheit

Die Kommission hat am 04.12.2024 einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Teilnahme an dem neuen Industrie-Akademie-Netzwerk veröffentlicht. Dieses Netzwerk soll die Verbindungen zwischen Industrie und Hochschulen stärken, um die Cybersicherheitskompetenzen zu stärken und sicherzustellen, dass die europäischen Fachkräfte den wachsenden Anforderungen in diesem Sektor gerecht werden können.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-launches-industry-academia-network-bridge-cybersecurity-skills-gap-0>

Kommission; Digitales Grenzsystem

Die Kommission hat am 04.12.2024 einen Verordnungsvorschlag vorgelegt. Damit soll ein neue Einreise-/Ausreisensystem (EES) schrittweise in Betrieb genommen werden. Das EES ist ein automatisiertes IT-System, welches Ein- und Ausreisedaten sowie verschiedene andere personenbezogene Daten von Drittstaatenangehörigen digital speichert, sobald diese für Kurzaufenthalte in Mitgliedstaaten der EU oder des Schengen-Raumes einreisen. Das EES soll laut Kommission nicht nur das Reisen erleichtern, sondern auch allgemein für Sicherheit und Schutz vor Identitätsdiebstählen sorgen.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-proposed-progressive-start-entry-exit-system-2024-12-05_en?prefLang=de&etrans=de

Europol; Vereinbarung mit Chile über Verbindungsbeamte

Das Europäische Polizeiamt (Europol) und Chile haben am 04.12.2024 eine Vereinbarung über Verbindungsbeamte und eine Absichtserklärung über das Kommunikationswerkzeug „Secure Information Exchange Network Application“ (SIENA) unterzeichnet. Die Unterzeichnung dieser beiden Rechtsinstrumente setzt die seit dem 01.05.2021 in Kraft befindliche Arbeitsvereinbarung zwischen Chile und Europol in die Praxis um. Das SIENA-Memorandum ermöglicht Chile den Anschluss an Europol und soll den sicheren Austausch sensibler Informationen ermöglichen. Die Vereinbarung über Verbindungsbeamte erlaubt die Entsendung chilenischer Verbindungsbeamter an den Europol-Hauptsitz in Den Haag (NDL).

https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/chile-and-europol-sign-liaison-officer-agreement-and-siena-memorandum-of-understanding?mtm_campaign=newsletter

Rat; Billigung von Schlussfolgerungen für eine stärkere EU-Agentur für Cybersicherheit

Der Rat hat am 06.12.2024 Schlussfolgerungen zur EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) gebilligt. In den Schlussfolgerungen empfiehlt der Rat, dass sich die Zunahme der Aufgaben von ENISA in angemessenen Ressourcen niederschlagen sollte. Es sei auch wichtig, Maßnahmen zu priorisieren und eine solide Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Cyberbereich zu pflegen, um Doppelarbeit zu vermeiden. In den Schlussfolgerungen wird auch zu weiteren Verbesserungen und Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung europäischer Systeme für die

Cybersicherheitszertifizierung sowie die Einrichtung einer einheitlichen Meldeplattform, aufgefordert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/12/06/enisa-council-approves-conclusions-for-a-stronger-eu-agency-for-cybersecurity/>

Kommission; Unterstützung von Mitgliedstaaten gegen hybride Bedrohungen

Die Kommission hat am 11.12.2024 angekündigt, ihre Unterstützung für Mitgliedstaaten (MS) zu verstärken, um hybride Bedrohungen durch die Instrumentalisierung von Migration abzuwehren und die Sicherheit an den EU-Außengrenzen zu erhöhen. So sollen 170 Mio. EUR an die betroffenen MS bereitgestellt werden, um die Grenzüberwachung zu Russland und Belarus zu stärken. Die Mittel sollen für die Modernisierung der elektronischen Überwachungsausrüstung, die Verbesserung von Telekommunikationsnetzen, den Einsatz mobiler Detektionsgeräte sowie die Abkehr von Drohnen genutzt werden. Ziel ist es laut Kommission, ein Echtzeit-Lagebild zu gewährleisten und die Mobilität der Grenzpatrouillen zu verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6251

EUAA; Aktualisierte Leitlinien zur Lage im Irak veröffentlicht

Die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) hat am 03.12.2024 aktualisierte Leitlinien zur Lage im Irak veröffentlicht. Gefährdet sind laut EUAA vor allem Konvertiten, Personen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Minderheiten sowie Frauen und Mädchen. Gewalt variiere regional, mit hohen Risiken in Amedi und auf geringerem Niveau in Bagdad und Erbil. Interne Schutzmöglichkeiten bestünden teils in Bagdad und Sulaymaniyah.

<https://euaa.europa.eu/news-events/iraq-updated-and-fine-tuned-euaa-country-guidance-confirms-going-protection-needs>

Rat; „Justiz und Inneres“: vollständige Aufnahme von BUL und ROM in den Schengen-Raum

Am 12.12.2024 kamen die Innenministerinnen und Innenminister der Mitgliedstaaten im Rahmen des Rates „Justiz und Inneres“ zusammen. Neben der Vollaufnahme von BUL und ROM in den Schengen-Raum billigten die Ministerinnen und -minister Schlussfolgerungen des Rates zum Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung. In diesem Zusammenhang informierte die Kommission die Ministerinnen und -minister auch über ihr Vorhaben, bis zum ersten Halbjahr 2025 einen Fahrplan für die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Gewährleistung des Zugangs zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung erstellen zu wollen. Darüber hinaus billigten die Ministerinnen und -minister strategische Leitlinien für die legislative und operative Planung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die Leitlinien sollen die Richtung der EU-Politik in diesem Bereich für die nächsten fünf Jahre vorgeben. Weitere Themen der Tagung der Ministerinnen und -minister waren unter anderem das Einreise-/Ausreisensystem (EES) und Interoperabilität zwischen den IT-Systemen der Strafverfolgungsbehörden in der EU, Fortschritte im Kampf gegen den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität, insbesondere im Zusammenhang mit der operativen Zusammenarbeit zwischen Zollbehörden und Polizei, der Europäische Hafenallianz und der Erschließung des Potenzials des Schengener Informationssystems, sowie ein Kompromisstext zur CSA-Verordnung, zu dem allerdings keine Einigung erzielt werden konnte.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2024/12/12/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Kultur; Kreatives Europa; Kooperationsprojekte

Am 03.12.2024 hat die Kommission eine neue Ausschreibung im Kulturförderprogramm Kreatives Europa (Creative Europe) veröffentlicht. Es handelt sich bei der Ausschreibung um Kooperationsprojekte. Von den Projektvorschlägen wird erwartet, dass diese eine klare Dimension der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufweisen. Die europäischen Kooperationsprojekte stehen allen Kultur- und Kreativsektoren offen. Da mit dieser Aktion die Ziele des Programmbereichs Kultur verfolgt werden sollen, sind Projekte, an denen ausschließlich Organisationen aus dem audiovisuellen Sektor beteiligt sind laut Kommission, von dieser Ausschreibung nicht adressiert. Die Ausschreibungsfrist endet am 13.05.2025.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/CREA-CULT-2025-COOP-1?isExactMatch=true&status=31094501,31094502&frameworkProgramme=43251814&callIdentifier=CREA-CULT-2025-COOP&order=DESC&pageNumber=1&pageSize=50&sortBy=startDate>

Kommission; Kultur; Kreatives Europa; Ausschreibung; Musik

Am 03.12.2024 hat die Kommission eine neue spezifische Ausschreibung im Kulturförderprogramm Kreatives Europa veröffentlicht. Die Förderrunde richtet sich mit einem Budget von 5 Mio. EUR an den Musiksektor in der Förderlinie „Music Moves Europe“. Ziel dieser Aufforderung ist es laut Kommission, den grünen Übergang und die ökologische Nachhaltigkeit des europäischen Musiksektors zu unterstützen. Anvisiert wird laut Kommission die Bildung eines Konsortiums, das für die Durchführung mehrerer strategischer Maßnahmen verantwortlich ist: die Bewertung der Bedürfnisse des Sektors, eine Kartierung der besten umweltfreundlichen Praktiken, die Einführung von Schulungs- und Sensibilisierungskampagnen und die finanzielle Unterstützung für Musikorganisationen, die innovative und nachhaltige Praktiken einführen. Anträge können bis zum 19.02.2025 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/CREA-CULT-2024-MME?order=DESC&pageNumber=1&pageSize=50&sortBy=startDate&isExactMatch=true&status=31094502&frameworkProgramme=43251814>

EU – Förderprogramme

Kommission; Bewerbungsaufwurf für europäisches Solidaritätskorps für 2025

Am 29.11.2024 hat die Kommission die Bewerbungsrunde zur Teilnahme am europäischen Solidaritätskorps für das Jahr 2025 offiziell eröffnet. Im Rahmen des Korps sollen Jugendliche bei ihren Freiwilligentätigkeiten in Gemeinschaften innerhalb der EU und in Drittländern unterstützt werden. Für 2025 werden Mittel in Höhe von 166 Mio. EUR seitens der EU bereitgestellt. Konkret sollen Projekte unterstützt werden, welche die ökologische Nachhaltigkeit, digitale Kompetenzen, Inklusion und Vielfalt sowie die aktive Bürgerschaft fördern sollen. Das Solidaritätskorps steht grundsätzlich jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren offen. Bei Freiwilligeneinsätzen zur Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen außerhalb der EU können die freiwillig Tätigen bis zu 35 Jahre alt sein. Öffentliche sowie private Einrichtungen können Mittel für Tätigkeiten im Rahmen des europäischen Solidaritätskorps beantragen, wenn die

Einrichtungen über ein entsprechendes Qualitätssiegel verfügen. Dieses bestätigt, dass die Einrichtungen in der Lage sind, hochwertige solidarische Tätigkeiten im Einklang mit den Grundsätzen, Zielen und Anforderungen des Programms durchzuführen. Anträge können grundsätzlich über die nationalen Agenturen des europäischen Solidaritätskorps in den Mitgliedstaaten sowie den assoziierten Ländern – Island, Liechtenstein, Republik Nordmazedonien sowie in der Türkei – gestellt werden. Für zentral verwaltete Maßnahmen von Freiwilligenteams sowie z.B. im Bereich der humanitären Hilfe ist die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur zuständig.

[Europäisches Solidaritätskorps: Bewerbungsrunde 2025 startet, mehr Geld für Freiwilligentätigkeiten junger Menschen - Europäische Kommission](#)

V e r a n s t a l t u n g e n

Europa nach den Wahlen: IRL hat gewählt

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in IRL diskutierten der Journalist Tony Connelly vom Sender RTÉ News and Current Affairs und Silke Wettach, freie Journalistin, in der Reihe „Europa nach den Wahlen“ am 03.12.2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Die Bürgerinnen und Bürger von IRL haben am 29.11.2024 die Mitglieder des Dáil Éireann, des Unterhauses des Parlaments in IRL, neu gewählt. Die Legislaturperiode endete regulär erst im März 2025; die Wahlen waren vorgezogen worden. Spekulationen über einen früheren Wahltermin waren laut geworden, nachdem Leo Varadkar im März 2024 als Regierungschef zurückgetreten war. Tony Connelly präsentierte zunächst die Wahlergebnisse, erläuterte das komplexe Verhältniswahlrecht in IRL und analysierte anschließend das Wählervotum, insbesondere auch hinsichtlich seiner Bedeutung für die EU-Politik.

„Wasser in einer aufgeheizten Welt – Klimaresilientes Wassermanagement als Aufgabe für die EU“

Auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, des Leibniz-Forschungsnetzwerks „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie des Forschungszentrums „Normative Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt fand am 04.12.2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die Veranstaltung „Wasser in einer aufgeheizten Welt – Klimaresilientes Wassermanagement als Aufgabe für die EU“ in der 30. Ausgabe der Veranstaltungsreihe Crisis Talks statt. Dr. Stefan Kroll, Vorstandsmitglied am PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, betonte in seinem Grußwort, dass die gemeinsame Nutzung von Wasser nicht nur zu Konflikten, sondern auch zu Kooperation und Frieden führen könne. Prof. Dr. Karen Pittel, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen, stellte in ihrem Impuls die wesentlichen Schwerpunkte des diesjährigen Hauptgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion nahm neben Prof. Dr. Pittel auch Patrick Child, stellv. Generaldirektor in der Generaldirektion Umwelt der Kommission, teil. Dabei wurde veranschaulicht, wie komplex die Wasserproblematik und ihre Auswirkungen sind.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

19.12.2024

Europäischer Rat

- Ukraine
- Naher Osten (einschl. Lage in Syrien)
- Die EU in der Welt / transatlantische Beziehungen (UK/USA), strategische Aussprache
- Resilienz und Vorsorge
- Migration
- Ggf. Auswärtige Angelegenheiten (Georgien, Moldau)

Rat

16.12.2024

Rat „Auswärtige Angelegenheiten“

- Russlands Aggression gegen die Ukraine
- Lage im Nahen Osten
- Entwicklungen in Georgien

16.12.2024

Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“, Formation Energie

- Bericht der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zur Zukunft der Geothermie – Austausch mit Fatih Birol, Exekutiv-Direktor
- Beschluss von Ratsschlussfolgerungen zur Förderung der Geothermie
- Gedankenaustausch zur Energieunion
- Maßnahmen im Anschluss an den EU-Aktionsplan für Stromnetze – Information durch KOM und HUN Vorsitz
- Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes – Bericht durch POL

17.12.2024

Rat „Umwelt“

- Vorschlag für eine Verordnung über die Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik
- Altfahrzeuge (Orientierungsaussprache)
- EU-Klimaziel 2040 (Orientierungsaussprache)
- Berichterstattung über internationale Tagungen durch HUN Vorsitz mit KOM:
 - COP 29 über Klimaänderungen
 - COP 16 zur biologischen Vielfalt

- fünfte Runde der Verhandlungen über einen Globalen Vertrag über die Umweltverschmutzung
- COP 16 zur Bekämpfung der Wüstenbildung

17.12.2024

Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

- Vorbereitung Dezember-Tagung des Europäischen Rates
- Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 (Gedankenaustausch)
- Zukunft Europas
- Fahrplan für das Europäische Semester 2025
- Erweiterung der EU (ggf. Schlussfolgerungen)
- Achtzehnmonatsprogramm des Rates (Billigung)
- Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich
- Beziehungen EU – Schweiz

18.12.2024

Gipfeltreffen EU-Westbalkan

Europäische Kommission

17.12.2024

Herbstpaket des Europäischen Semesters / Teil II

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 15.-18.12.2024

Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2023;
 Bericht Regionale Soforthilfe: RESTORE;
 Prioritäten der EU für die bevorstehende Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau;
 Ein europäisches Innovationsgesetz (European Innovation Act): Senkung der Innovationskosten in Europa;
 Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Transparenz in abkommensverankerten Investor-Staat-Schiedsverfahren;
 Sturz des syrischen Regimes, seine geopolitischen Implikationen und die humanitäre Lage in der Region;
 Vorgehen gegen friedliche pro-europäische Demonstranten in Georgien
 Verleihung des Sacharow-Preises;
 Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten;
 Einstellung der Europäischen OS-Plattform (ODR);
 Entwaldungsverordnung: Bestimmungen zum Datum der Anwendung;
 Spezifische Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten;
 Forstliches Vermehrungsgut der Kategorie „geprüft“, dessen Etikettierung und die Namen der für Zulassung und Kontrolle der Erzeugung zuständigen Behörden;

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2024/002 BE/Limburg Maschinenbau und Papier – Belgien;

Fehl- und Desinformation auf den Plattformen der sozialen Medien wie X und TikTok und die damit verbundenen Risiken für die Integrität der Wahlen in Europa;

Einsatz von Vergewaltigung als Waffe im Krieg, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo und Sudan;

Russlands Desinformation und Geschichtsfälschung zur Rechtfertigung seines Angriffskrieges gegen die Ukraine;

Situation von Politikerinnen in EU-Kandidaten und -Nachbarländern begegnen Belästigung und Cybergewalt;

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision für den europäischen Tourismus, sein nachhaltiges Wachstum und die Marke Europa;

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 19./20.12.2024;

Vorbereitung des EU-Westbalkan-Gipfels;

Ernennung: Vorsitz der EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA);

Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU – Notwendigkeit einer Folgenabschätzung zu den Green-Deal-Richtlinien;

Förderung des sozialen Dialogs, von Tarifverhandlungen und Streikrecht in der EU;

Bekämpfung der missbräuchlichen Vergabe von Unteraufträgen und von Missbrauch bei Arbeitsmarktvermittlern;

Herausforderungen für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitskräfte in der EU – Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ihres psychischen Wohlbefindens;

Notwendigkeit von schnellem Handeln und Transparenz bei Korruptionsvorwürfen im öffentlichen Sektor zum Schutz der demokratischen Integrität;

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit;

11. Jahr der Besetzung der Krim und Sewastopols durch die Russische Föderation und die sich verschlechternde Menschenrechtsslage;

Menschenrechtsslage in Kirgisistan;

Anhaltende Unterdrückung der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien in Aserbaidschan;

Dringender Handlungsbedarf der EU zur Bewahrung der Natur und zum Schutz der Artenvielfalt zur Vermeidung von Artensterben;

Die Notwendigkeit einer Aktualisierung der europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen;

Das Recht auf sauberes Trinkwasser in der EU;

Pläne der Kommission, die ausstehenden Vorschläge zum Tierschutz in den Arbeitsplan für 2025 aufzunehmen;

Europäischer Gerichtshof

Mi., 18.12.2024

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-776/22 TP / Kommission – Ausschluss von EU-Vergabeverfahren wegen mangelhafter Ausführung eines früheren Auftrags

Mi., 18.12.2024

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-489/23 Mironovich Shor / Rat – Restriktive Maßnahmen: Moldau

Mi., 18.12.2024

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-493/23 Tauber / Rat – Restriktive Maßnahmen: Moldau

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-295/23 Halmer Rechtsanwalts-gesellschaft – Beteiligung an Rechtsanwalts-gesellschaft (DEU)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-244/24 Kaduna und C-290/24 Abkez – Drittstaatsangehörige Vertriebene aus der Ukraine (NDL)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-185/24 und C-189/24 Tudmur – Dublin-III-Überstellungen: Folgen eines von Italien erklärten Aufnahmestopps (DEU)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-123/23 Khan Yunis und C-202/23 Baabda – Neuer Asylantrag nach erfolglosem Asylverfahren in einem anderen Mitgliedstaat (DEU)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-664/23 Caisse d'allocations familiales des Hauts-de-Seine – Familienleistungen für Drittstaatsangehörige (FRA)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-157/23 Ford Italia – Herstellerhaftung nach der Produkthaftungs-Richtlinie (ITA)

Do., 19.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-531/23 Loredas – Arbeitszeiterfassung bei Hausangestellten (ESP)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 20.12.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA